

Zollprobleme halten Deutschland & Europa im Krisenmodus



3 Deutscher Regierungswechsel mit Hindernissen

Heikler Start von Kanzler Merz schwebt von Anfang an über der Koalition

4 Der Zollstreit als Damoklesschwert der Weltwirtschaft

Nach der Entspannung des Konflikts im Frühjahr deuten sich neue Sorgen an

TOP-THEMA

5 Der Rohstoffmarkt im Zeichen der USA-China-Streitigkeiten

Gespräche zwischen China und den USA drohen Weltwirtschaft langfristig zu belasten

8 Deutschlands Politik muss den Ausweg aus der Krise finden

Ungewisse Zukunft der deutschen Wirtschaft nach dem Verlust der EU-Führungsrolle



EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

Waffenstillstand, aber kein Ende des Handelsstreits

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Handelskonflikt der USA mit all seinen wichtigen Partnern steuerte Mitte Mai in eine neue Phase. Gespräche mit China fanden auch in den Reihen der US-Regierung immer mehr Befürworter. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil zumindest inoffiziell gewiss etliche Kontakte aus der US-Wirtschaft Präsident Trump von den schwerwiegenden Folgen des Zollkriegs für die eigene Industrie gewarnt haben dürften. Die medial als Waffenruhe bezeichnete Einigung auf eine 90-tägige Rückkehr in die Zeit vor der „Aufrüstung“ sollte nicht überbewertet werden. Beobachter sahen eine eher symbolische Wirkung. So könnten China und die USA ihr Gesicht wahren und Verhandlungen als Erfolg verbuchen. Gleichzeitig forderte die EU ihrerseits Beratungen auf Augenhöhe.

Mit besten Grüßen,
Ihr

Matthias Nemack

Matthias Nemack,
Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS

NEWS 3

- ☐ Übergabe der deutschen Amtsgeschäfte in schwieriger Lage

NEWS 4

- ☐ Trump bleibt uneinsichtig und belastet die Wirtschaft weltweit

TOP-THEMA 5

- ☐ Industrie stößt auf kritische Bedingungen am Rohstoffmarkt

KURZMELDUNGEN 8

- ☐ Bangen und Hoffen – die Folgen des Handelsstreits



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Am 01. Oktober 2025 von 10:00 bis 12:30 Uhr laden wir Sie herzlich zu unserem nächsten kostenlosen Online-Netzwerkevent ein.

Freuen Sie sich auf spannende Impulsvorträge zu aktuellen Außenwirtschaftsthemen und nehmen Sie direkt umsetzbare Tipps für Ihre Arbeit im Außenhandel mit.

Jetzt gratis anmelden unter: link.zolex.de/connect



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter
www.zolex.de/arbeitshilfen

IMPRESSUM – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 7 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr bei der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstr. 39, 71272 Renningen • E-Mail: kundenservice@vnr.de • © 2025 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „Zollprobleme halten Deutschland & Europa im Krisenmodus“ liegt der Ausgabe 07/2025 von „Rohstoffeinkauf aktuell“ bei.

NEWS

Die Regierung Merz tritt ein schweres Erbe an

Eine Herausforderung der letzten Monate wurde Anfang Mai aus der Welt geschafft: Seit 6. Mai ist die neue Regierung im Amt. Der Start für den neuen Kanzler war ein holpriger. Erst im zweiten Wahlgang konnte sich Friedrich Merz die nötige Stimmenmehrheit sichern und startete so mit einem historischen Rückschlag in die Legislaturperiode. Politisch war die endgültige Übernahme der Geschäfte dringend nötig. Denn der deutsche „Schwebezustand“ war sowohl für Deutschland als auch für Europa insgesamt eine Belastung in den ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Zeiten. Die Arbeit aber beginnt erst jetzt.

Vorwürfe wegen Kompromissbereitschaft werden die Regierung begleiten

Kritik an Plänen der neuen schwarz-roten Regierung war bereits während der Koalitionsverhandlungen vernehmbar. Aus den eigenen Reihen sah sich Kanzler Merz mit dem Vorwurf konfrontiert, zu große Zugeständnisse gemacht zu haben. Die CDU wolle um jeden Preis regieren, hieß es von vielen Seiten. Zudem seien im Koalitionsvertrag noch immer „grüne“ Positionen erkennbar. Dies sei möglich geworden, weil die Regierung noch vor dem Machtwechsel unbedingt einige Projekte habe auf den Weg bringen wollen. Gemeint waren hier etwa milliarden schwere Investitionen in Klimaschutz und eine hohe Neuverschuldung. Richtig aber ist, dass es zur Erholung der deutschen Wirtschaft alternativlos ist, die entscheidenden Weichen zu stellen.

IW-Konjunkturprognose sieht Deutschland weiter in der Rezession

Während andere Volkswirtschaften wachsen, verharrt die deutsche Wirtschaft im Krisenmodus. Experten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) erwarten für Deutschland eine Schrumpfung um 0,2 % im laufenden Jahr. Durch den ökonomischen Druck werde die Arbeitslosenzahl zum Sommer über 3 Millionen steigen. Die US-Wirtschaft werde im selben Zeitraum vermutlich um 1,3 % wachsen; für China sehen Prognosen ein Plus von 4 % voraus. Im Euroraum könnte die Wirtschaft ohne zusätzliche Schwierigkeiten ein Wachstum von 0,8 % erreichen. Der Vergleich mit den direkten europäischen Partnern verdeutlicht Deutschlands Probleme. Europas bisheriges Zugpferd krankt nach wie vor, während andere Nationen der Lage besser gewachsen sind.

Die Ursachen der deutschen Probleme benennen die Analysten unmissverständlich: hohe Standortkosten, teure Energie, steigende Löhne sowie eine Überregulierung des Marktes. Die Regierung Merz will bürokratische Hürden abbauen, ihren Willen zum Handeln in diesem Punkt muss sie aber erst noch beweisen.

Zollstreit wiegt schwer – Regierung muss endlich aktiv werden

Die USA wiederum würden sich gewissermaßen selbst im Weg stehen. Gleiches gelte für die Weltwirtschaft, so das IW. Ohne

die aggressive US-Handelspolitik wäre mehr globales Wachstum denkbar. Neben der Industrie ist derzeit insbesondere das Baugewerbe von einem Rückgang der Wertschöpfung betroffen. In diesem Bereich erwartet das Institut für 2025 noch schlechtere Entwicklungen. Schon im Vorjahr mussten Bauunternehmen Einbußen von 3,7 % hinnehmen. IW-Konjunkturchef Michael Grömling zeigte sich im Mai unterm Strich durchaus optimistisch. Durch das Infrastruktur-Sondervermögen könne der Regierung die überfällige Trendwende gelingen. Neben dem Bürokratieabbau brauche es dafür aber ebenso Investitionsanreize in nahezu allen entscheidenden Branchen. Ganz zu schweigen vom deutschen Digitalisierungs-Dilemma.

Vollmundige Versprechen der Koalition stehen nüchternen Zahlen gegenüber

Kanzler Merz jedenfalls hat sich und seinem Kabinett hohe Ziele gesetzt. Wobei Begriffe wie „Wohlstand für alle“ aus Merz' erster Regierungserklärung vorerst eher als typische Schlagworte verhalten werden. Auch wird Deutschland nicht so schnell zu Europas „Wachstumslokomotive“ werden, wie es sich die Koalition wünscht. Lichtblicke gibt es trotzdem. So vermeldeten viele Industriebetriebe zuletzt einen Anstieg der Bestellungen. Das im Wahlkampf erklärte Ziel eines mittelfristigen Wachstums von 2 % oder mehr pro Jahr halten Experten wie Carsten Brzeski von der ING Bank aber für unrealistisch. Entscheidend seien am Ende die Rahmenbedingungen. Eben diese sähen aktuell schlechter als in vielen anderen Ländern aus. Zum Knackpunkt könnte im Kontext der Krisenbewältigung werden, dass die US-amerikanischen Investitionen in Deutschland laut einer Studie der Beratungsgesellschaft EY stark rückläufig sind.

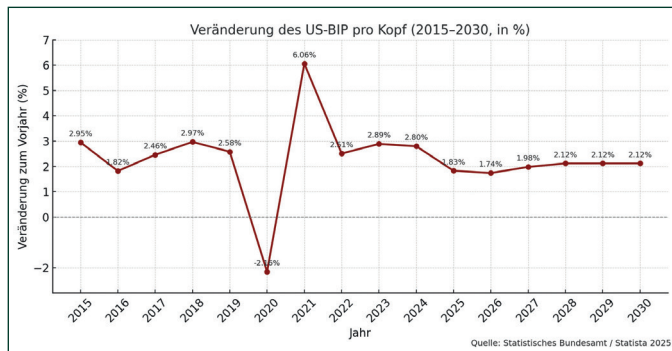
Die Zahl der Investitionsprojekte sank 2024 auf 90 – ein Minus von 27 % im Vergleich zum Vorjahr. In Europa belief sich der Rückgang im Referenzjahr im Schnitt auf nur 11 %. Die „erratische Zollpolitik“ der US-Regierung führe international zu Verunsicherungen. US-Großkonzerne würden Pläne für Investitionen auf Eis legen. An Bedeutung gewinnen durch die Unsicherheit zuvorderst Unternehmen aus China. Sie hätten die USA als wichtigsten Projektfinanzierer inzwischen abgelöst. Daraus könnte sich eine Verschiebung von Abhängigkeiten entwickeln. Der große Schaden jedenfalls, den Trump China nur allzu gerne zufügen würde, ist bisher nicht zu erkennen gewesen. Im Gegenteil.

Trump gibt sich weiterhin als politischer Hardliner

Trump hatte vor seiner Rückkehr ins Weiße Haus das sprichwörtliche Land von Milch und Honig versprochen. Davor, dass die Zollpolitik in den USA zu negativen Entwicklungen führen würde, hatten Institute bereits vor dem Konfrontationskurs in Richtung China und Europa gewarnt. Inzwischen werden Stimmen lauter, die auf die problematischen Auswirkungen der Trump'schen Politik auf die US-Wirtschaft hinweisen. Von einer dauerhaften Kehrtwende und günstigen Ergebnissen für die Vereinigten Staaten gehen längst nicht einmal mehr regierungsnahe Institute aus. Ein stabiles Wachstum in den USA ist ohne enge Verbindungen zur chinesischen Industrie nicht möglich.

Zollsenkungen könnten eher die Ruhe vor dem Sturm sein

Gespräche über eine Lösung im Zollstreit schienen im Mai für Entspannung zu sorgen. Während die USA ihre Zölle auf chinesische Waren von 145 auf maximal 30 % senkten, kündigte die Volksrepublik eine Senkung auf 10 % bei ausgewählten Einfuhren an. An einen dauerhaften Wegfall der Handelsbeschränkungen glauben Insider nicht. Unter anderem deshalb, weil Trump in US-Medien Ansehen einbüßen könnte. Stattdessen gehen Experten davon aus, dass Zölle bis zum Ende der zweiten Amtszeit Trumps ein Thema bleiben werden. Noch fallen die Wachstums-erwartungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) hinsichtlich des Pro-Kopf-BIP konstant aus.



Das Pro-Kopf-BIP in den USA könnte sich ungeachtet der Krise stabilisieren (Quelle: Statista/Internationaler Währungsfonds).

Das Medienunternehmen Bloomberg hat kürzlich 22 Experten von Banken, Fonds und Instituten aus Europa, den USA und Asien nach ihren Einschätzungen gefragt. Die Teilnehmer waren sich einig – Trump werde bis zu den nächsten Wahlen wahrscheinlich an höheren Zöllen festhalten. DNB Bank-Analystin Kelly Chen findet eine nachvollziehbare Erklärung, weshalb keine langfristige Einigung zwischen China und den USA zu erwarten sei. Es fehle an der nötigen Zeit, um die Positionen beider Länder im Wesentlichen zu korrigieren und so mehr als „oberflächliche Abkommen“ in Angriff zu nehmen. Zu wenig Zeit, da 2026 die Midterm-Wahlen anstehen. Diese könnten die Machtverhältnisse bereits verschieben. Denn die Zölle verunsichern Verbraucher, Unternehmen und Börsen gleichermaßen. Bester Beweis waren die Ausschläge an den Finanzmärkten nach Verkündung der Zollpause zwischen den USA und der EU. Nicht nur die Deutsche Börse und die Wall Street markierten starke neue Rekordhochs.

Die Hoffnung der US-Demokraten wächst

Profitieren könnten am Ende die Demokraten. Zudem hat Trump inzwischen eine ganze Reihe seiner Wahlversprechen relativiert. Aussagen des Präsidenten, die Bevölkerung müsse geduldig auf den Aufschwung warten, dürften in der Wählerschaft nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Es ist wohl vor allem diese Unsicherheit, die Trump früher als gedacht Probleme bereiten könnte. Das Weiße Haus wiegelt einstweilen ab. Ganz nach dem Motto: „Es muss erst schlimmer werden, bevor es besser wird.“ Die Federal Reserve Bank in Atlanta ging bereits im 1. Quartal von einer rückläufigen Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 aus. In einigen Prognosen ist gar vom Schreckgespenst des drohenden Staatsbankrotts die Rede. Als Argument wird explizit die Zollpolitik genannt, die als Hinweis auf die massiven wirtschaftlichen Probleme der USA angeführt wird. Der Hintergedanke ist, dass Trump die Zölle zum Ausgangspunkt eines – wie auch immer gearteten – Rettungsplans machen möchte.

Europa darf sich nicht den Schneid abkaufen lassen

Schlussendlich ist es Trumps Unberechenbarkeit, die Experten Sorgen bereitet. Selbst wenn sich der Präsident zu Vereinbarungen mit China durchringen sollte: Sam Jochim, Ökonom beim Unternehmen EFG Asset Management, betont die Erfahrungen aus Trumps erster Amtszeit. Mildere Töne dürfen nicht als Garantie verstanden werden. Ein Präsident, für den Übereinkünfte eher Orientierung denn verbindlich sind, sei brandgefährlich. Peking ist sich dessen bewusst und strebt neue Partnerschaften und den Ausbau bisheriger Aktivitäten an. Zu spüren bekommt dies die europäische Stahlbranche. Der Druck durch billige Produkte aus China steigt. Auch deshalb arbeitet die EU an neuen Freihandelsabkommen. Ihre guten Beziehungen zu den USA hat die Union aber noch nicht abgeschrieben. Was jedoch nicht nur Österreichs Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer ausschließt, sind Vereinbarungen um jeden Preis. Dafür sei Europas Markt für die Vereinigten Staaten schlicht zu wichtig. Die von Trump in Richtung Europa als „Aufschub“ titulierte Aussetzung geplanter neuer Zölle auf europäische Waren bis zum Juli lässt hoffen. Hoffen dahingehend, dass es in den USA doch noch gesundes Empfinden für die Bedeutung der EU als Partner geben könnte.

TOP-THEMA

Rohstoffe reagieren empfindlich auf neue Zollmeldungen

Die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen des Zollstreits sind nur eine Seite der Medaille. In den USA war es Ende Mai unter anderem die Absenkung der Staatsbonität durch die 3 größten Rating-Agenturen, die die Angst vor einer weiteren Abwertung des US-Dollars befeuert. In Europa wuchsen die Sorgen vor erneuten Lieferengpässen auf dem Rohstoffmarkt. Wie so oft, braucht es hier den Blick nach China. Er zeigt, dass die Befürchtungen aus Branchen wie der Elektroindustrie durchaus berechtigt sind. Im Mittelpunkt stehen vorrangig die begehrten chinesischen Seltenen Erden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen freute sich in der kritischen Zollphase über das neue Abkommen mit Großbritannien.



EU und Großbritannien suchen den Schulterchluss

Die Verhandlungen über das Abkommen zwischen den beiden Wirtschaftszonen waren zum Redaktionsschluss zwar noch nicht vollständig abgeschlossen. Trotzdem ließ es sich die Kommissionspräsidentin nicht nehmen, die Ergebnisse der Gespräche als historische Einigung zu bezeichnen. In einem Punkt ist diese Bewertung zutreffend. Schließlich handelt es sich um das große Abkommen nach dem Brexit. Ein zentrales Ziel: Unternehmen aus Großbritannien sollen künftig Mitglied der europäischen Sicherheitspartnerschaft sein. Auch in puncto Lebensmittelsicherheit soll wieder ein gemeinsamer Weg beschritten werden und Einigungen mit geringerem Bürokratieaufwand erlauben. Dass Großbritannien durch die Annäherung zur Akzeptanz der strengen Brüsseler Regularien gezwungen sein wird, stößt erwartungsgemäß auf Kritik. Nicht allein bei erklärten Brexit-Befürwortern.

Die Regierung des britischen Premierministers Keir Starmer sah in den Vereinbarungen einen „Meilenstein für die bilateralen Beziehungen“. Hinsichtlich der Versorgung auf dem Rohstoffmarkt europäischer Marktteilnehmer halten sich die Folgen des Abkommens fraglos in Grenzen. So sinnvoll ein europäischer Zusammenhalt in der Krise ist, den Ton wird der Verlauf der Weltwirtschaft angeben. Der Internationale Währungsfonds passte seine Vorhersagen für die ökonomische Entwicklung Anfang des 2. Quartals nochmals an.

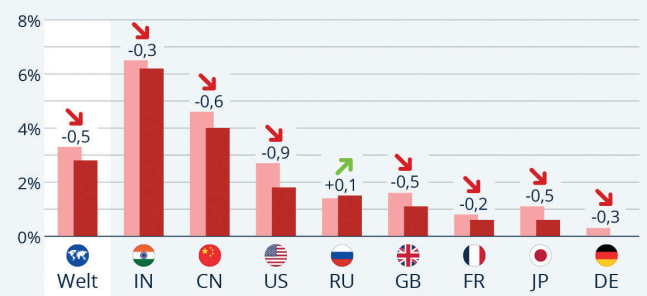
Die Weltwirtschaft werde 2025 bedingt durch den Handelsstreit nur um 2,8 % (bisher: 3,3 %) wachsen. Den Wirtschaften der USA und Chinas sagten die Analysten inzwischen ebenfalls Abwärtskorrekturen voraus – wohlgeordnet unter Berücksichtigung der Tatsache, dass einzelne geplante Maßnahmen zunächst auf Eis gelegt worden waren. Die Unsicherheit bleibe trotz Entspannungen

allgegenwärtig, da sich die Zollsätze ganz allgemein auf einem „Jahrhunderthoch“ bewegen.

IWF-Prognose: Handelszölle bremsen Weltwirtschaft deutlich

Prognose für das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts ausgewählter Länder im Jahr 2025

■ Prognose vom Januar 2025 ■ Prognose vom April 2025
↗ ↘ Veränderung in Prozentpunkten



Quelle: IWF



statista

Der IWF musste seinen Ausblick abermals korrigieren (Quelle: Statistische Bundesamt/IWF).

Industrie fürchtet hohe Preise und Knappheit bei Chinas Seltenen Erden

Wie schließt sich nun der Kreis zum Thema Rohstoffe? Der Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) zeigte sich wegen der restriktiven Exportpolitik bei Seltenen Erden aus China besorgt. Obwohl die Volksrepublik vorrangig auf die US-Zölle reagiert, sind die aktuellen Exportkontrollen des Hauptproduzenten China eine Bedrohung für die Wirtschaft. Verbandschef

Wolfgang Weber unterstrich im April die Bedeutung eines ebenso freien wie verlässlichen und nachhaltigen Zugangs zu strategischen Rohstoffen. Innerhalb der EU sei Deutschland von der chinesischen Versorgung besonders abhängig. 3.400 Tonnen der wertvollen Stoffgruppe wurden 2024 aus China importiert. Das entspricht einem Anteil von 65,5 % an den Gesamtimporten.

Europa darf nicht den Kontakt zu China verlieren

Weber sprach sich für rasche Übereinkünfte zwischen Deutschland bzw. der EU und Peking aus. Nur so könne der Industrie ein gesicherter Zugang zu Rohstoffen garantiert werden. Im selben Atemzug fordert der Verband das Ende der einseitigen Abhängigkeit von einzelnen Ländern, womit abermals vor allem China gemeint ist. Die chinesische Markt-Dominanz ist kein Novum; die Exportbeschränkungen aber sind inzwischen noch schmerzvoller für Europas Wirtschaft als vor Trumps zweiter Amtszeit. Für die Regierung Xi Jinpings sind Restriktionen inzwischen eines der wichtigsten Druckmittel. Zur Erinnerung: Infolge der letzten Exportbeschränkungen im Jahr 2011 hatten die Marktpreise dramatisch angezogen. Einmal mehr sind US-Regierungsentscheidungen mitverantwortlich für den neuesten Preistrend.

MP Materials aus Las Vegas kündigte im April an, infolge der Exportbeschränkungen und der hohen Zölle auf US-Importe kein Erz mehr zur Weiterverarbeitung nach China liefern zu wollen. Als Argument nannte der Konzern unter anderem die Wahrung der US-Interessen und fehlende kommerzielle Anreize.

Seltene Erden bleiben Störfaktor für die Preisplanung

Der Neodym-Preis ist an dieser Stelle Sinnbild für die gestiegenen Kosten aller Seltenen Erden. Im Jahr 2024 war der Kurs des Rohstoffs stetig gefallen. Zum Jahreswechsel notierte der Preis noch knapp unter 500.000 Yuan (ca. 69.350 US-Dollar). In der ersten Phase des Monats April war der Kurs nach einigen stärkeren Bewegungen bei gut 556.000 Yuan angekommen. Danach folgte eine Bereinigung, bevor der Preis zum Redaktionsschluss im Bereich um 546.000 Yuan in einer Seitwärtsbewegung angekommen zu sein schien.



Aufholjagd des Neodym-Kurses zunächst gestoppt (Quelle: tradingeconomics.com).

Die Konflikt-Eskalation wird den Kampf um Seltene Erden verschärfen

Die Preise anderer Seltener Erden wie Terbium bestätigten seit Ende des 1. Quartals einen drohenden Aufschwung. Der Preisaggregator Benchmark Mineral Intelligence wies für Terbium Ende April ein Preisplus um 24 % (rd. 933 US-Dollar pro Kilogramm) binnen eines Monats aus. Der Markt biete noch ausreichende Vorräte. Im Jahresverlauf seien jedoch im Fall einer Zuspitzung des Zollstreits merkliche Engpässe zu erwarten. Warum diese Erwartung zutreffend sein kann, zeigen Details zur Produktion Seltener Erden. Gemessen an der überstaatlichen Produktion gehen pro Jahr 45.000 Tonnen auf das Konto der USA. Chinas Volumen belief sich im Referenzjahr 2024 auf gut 270.000 Tonnen der Mineralien. Ein Ende dieser Vormachtstellung ist schon ressourcenbedingt undenkbar.

Bestrebungen der USA und Europas stoßen zwangsläufig an Grenzen, wobei höhere Standards zur Förderung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Die EU-Kommission beziffert den Bedarf an Seltenen Erden zum Jahr 2030 durch den Ausbau erneuerbarer Energien, der E-Mobilität und der neuen Technologien bei Künstlicher Intelligenz auf 188.300 Tonnen. Ohne China ist dieser Wandel nicht realisierbar.

Schlechtere US-Bonität hält Goldnachfrage auf hohem Niveau

Der Klassiker unter den Indikatoren für die Bewertung der Wirtschaftslage durch Anleger und Industrie ist und bleibt das Edelmetall Gold. In genau diesem Umfeld sind die Ängste der Marktteilnehmer weiterhin offensichtlich. Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA von der Bestnote „Aaa“ auf „Aa1“ durch die Agentur Moody's – nachdem Fitch Ratings und S&P Global bereits eine Korrektur vorgenommen hatten – führte zu einer satten Erholung des Kurses. Mitte Mai gab es tatsächlich Hinweise auf einen längeren Wertverlust bei Gold. Durch nachlassende globale Handelsspannungen hatte der sichere Anlegerhafen kurzfristig an Attraktivität eingebüßt. Schwächere US-Inflationsdaten, wie sie von der US-Notenbank angemahnt wurden, legen inzwischen einen preislichen Rebound nahe.



Gold bleibt weiter der Rettungsanker für Investoren (Quelle: finanzen.net).

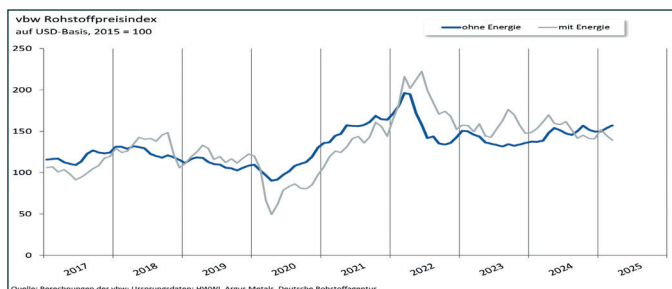
Ohne Korrekturen hätte sich der Goldpreis seit 2020 durchaus verdoppeln können. Im Frühjahr 2025 musste sich der Kurs allerdings mit einer Bereinigung arrangieren. In den 4 Wochen vor Redaktionsschluss brach der Preis um 6,5 % ein. Ein Kurs über 3.000 US-Dollar dürfte aber sicher sein. Zu eindeutig sind die Signale des Marktes mit Bezug zur unsicheren weltweiten Wirtschaft. Nehmen die Probleme der USA zu, dürften sich Prognosen von Kursen jenseits von 3.500 US-Dollar und mehr endgültig bewahrheiten.

Die Dollar-Probleme haben Schlimmeres am Rohstoffmarkt verhindert

Der Einfluss der USA auf die Rohstoffpreise war bisher interessanterweise weniger stark als gedacht. Der chinesische Auslandsender CGTN kam zur Erkenntnis, dass die Weltrohstoffpreise im April 2025 auf Basis des US-Dollars im Schnitt um 2,2 % gefallen waren. Im Direktvergleich zur Inlandswährung habe sich das Minus sogar auf 5,8 % belaufen. Schuld sei unter anderem die Aufwertung des Euros zum US-Dollar in den letzten Monaten. Die scheinbaren Schikanen der US-Regierung waren während der vergangenen 3 Monate eher wirkungslos. Für den weiteren Verlauf der Rohstoffpreise werden Chinas Reaktionen auf Trumps Zollpolitik entscheidend sein. Im asiatischen Raum ist der Zuspruch für Gegenmaßnahmen der chinesischen Regierung durchaus erheblich, wie unterschiedliche Befragungen innerhalb der Wirtschaft und Bevölkerungen seit Beginn des Konflikts zeigen.

Chinas vorsichtige Öffnung beim Thema Exporte

Aus deutscher Sicht gab es aus Fernost im Mai vereinzelte positive Meldungen. Vor allem bei Permanentmagneten. Diese sind nicht allein in der Automobilbranche gefragt, spielen dort aber eine besonders wichtige Rolle. 2024 wurden 9.000 Tonnen dieser Magnete aus China eingeführt. Nach Beschränkungen für den Export berichteten Medien, Peking habe Herstellern von Seltenen-Erden-Magneten zuletzt erstmals seit dem verhängten Stopp wieder Exportlizenzen erteilt. Etwas entspannter konnten Einkäufer im Frühjahr auf den Rohstoffmarkt insgesamt blicken. Nachdem sich der HWWI-Rohstoffpreisindex seit Oktober 2024 durchgehend in einem Aufwärtstrend befand, zeigte der Indikator in der Zeit von Februar bis April 2025 negative Wachstumsraten. Im April notierte der Index 7,6 % unter seinem Stand aus April 2024. Ausgelöst wurde die Korrektur vorrangig durch stark gefallene Energiepreise.



Die Rohstoffpreise legen seit Herbst 2024 zu (Quelle: vbw/HWWI).

Im 1. Quartal verzeichnete der Index mit 0,5 % ein überschaubares Plus. Von Q4 2024 zu Q1 2025 wiederum war ein Anstieg von 3,4 % erkennbar. Deutlich wird die Misere des Einkaufs im Vorjahresvergleich: Gegenüber dem 1. Quartal des Jahres 2024 notierte der Index 2025 zum Ende des 1. Quartals 11,4 % höher. Der mit Schwerpunkt auf die bayerische Wirtschaft ausgerichtete vbw-Rohstoffpreisindex lässt sich auf die bundesdeutsche Lage übertragen. Von Preisen wie vor Corona sind sowohl die Edel- als auch die Industriemetalle weit entfernt.



INITIATIVE STATT ÄNGSTLICHEM ABWARTEN

Die EU-Forderung nach Geschlossenheit im gemeinsamen Wirtschaftsraum sollten auch Unternehmen und Branchen beherzigen. Marktknappheiten, wie es sie bei vielen Rohstoffen längst gibt, werden nicht so bald oder gar nicht mehr verschwinden. Neue Bündnisse mit Partnern in Europa und anderen Staaten abseits des in vielen Bereichen dominierenden Marktführers China sind ratsam. Beispielsweise im wichtigen Bereich Rohstoffrecycling. So können Engpässe und neue Rekordpreise mit etwas Glück teilweise aufgefangen werden.

Experten: Flächendeckende Preisespannungen sind nicht realistisch

Dass Werte wie Kupfer, Nickel oder Aluminium seit Jahresbeginn an einer Stabilisierung scheitern, ist ein schwacher Trost für die Industrie. Im Referenzmonat scheint diese Stabilität zusehends erreicht, erste leichtere Gewinne hat es gegeben. Das kurzfristige Risiko für den Rohstoffmarkt geht von der Frage aus, wie lange die USA und China auf einen schärferen Ton in Gesprächen am Verhandlungstisch verzichten werden. Vom US-Präsidenten dürfte die größte Gefahr für den globalen Rohstoffmarkt ausgehen.



KERNAUFGABE DER INDUSTRIE: VORBEREITUNG AUF DEN ERNSTFALL

Wie in jeder Krise ist Hoffnung allein wenig zielführend. Vergleichbare frühere Schieflagen haben gezeigt, dass Rohstoffpreise selten auf ihr Vorkrisenniveau zurückkehren. Ein überraschend schnelles Ende des Zollkriegs wird diese Erfahrungen nicht widerlegen. Durch vorausschauende Planungen – ohne inzwischen unzuverlässige Lieferanten wie aus China – können Unternehmen für mehr Sicherheit sorgen. Ohne die großen Versorger wird es nicht gehen. Im Einzelfall zeigt aber das Drehen an kleinen Stellschrauben im geschäftlichen Alltag bereits Wirkung.

KURZMELDUNGEN

Deutsche Wirtschaft ohne Wachstum – KI hat Sprengkraft im Handelsstreit

Am Ende dieser Ausgabe erfolgt wie immer der gewohnte Ausblick vor dem Hintergrund aktueller Berichterstattung. Dabei werden gleichermaßen nationale wie internationale Entwicklungen berücksichtigt. Für Deutschlands Wirtschaft fielen Experten-Urteile zur Mitte des 2. Quartals ein weiteres Mal düster aus. Die Bewertungen zeigten, wie groß der Handlungsbedarf für die neue Regierung unter Führung des Kanzlers Friedrich Merz ist. Ein politisches „Weiter so“ kann und darf es nicht geben, so die Wirtschaftsweisen. Die Neujustierung der Wirtschaftspolitik müsse radikal ausfallen, um einem weiteren Abschwung entgegenzuwirken. Im Hinblick auf die Strafzölle könnte das bestimmende Thema Künstliche Intelligenz (KI) zu einer Verhärtung der US-amerikanischen und chinesischen Fronten führen.

Wirtschaftsweisen: leichter Konjunkturaufschwung erst ab 2026

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – die Wirtschaftsweisen – stellte Ende Mai seine aktualisierte Prognose für die heimische Wirtschaft vor. Die neuen, korrigierten Zahlen sprechen für ein bitteres Szenario. Das deutsche Wirtschaftswachstum werde 2025 stagnieren, nachdem die beiden letzten Jahre von einer Rezession geprägt waren. Mit ihrer Einschätzung bestätigten die 5 Experten die überarbeitete Erwartung der alten Bundesregierung aus dem April. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte seinerseits erst für das kommende Jahr einen Aufschwung und ein Plus von 1,0 % in Aussicht gestellt. Die Ursachen für die Analyse der Wirtschaftsweisen sind in Teilen hinlänglich bekannt. Zu hohe Bürokratie-Hürden und mühsame Genehmigungsverfahren vereiteln weiterhin das so dringend nötige Wachstum.

Trump ist für den Expertenrat die größte Unwägbarkeit

Neu hingegen ist der Verweis auf die „sprunghafte Zollpolitik“ Donald Trumps. Sie stelle für die exportorientierte deutsche Wirtschaft eine massive Belastung dar. Regionen und Branchen, die sich bisher als wirtschaftsstarke erwiesen haben, würden nun ebenfalls zusehends unter Druck geraten. Die Folge: Auch vermeintlich krisensichere Bereiche der Industrie seien laut dem Frühjahrsgutachten nun vom beschleunigten Strukturwandel betroffen. Günstig werde sich der Prognose zufolge immerhin die Inflation entwickeln. Sie werde 2025 durchschnittlich auf 2,1 % und im Jahr 2026 auf 2,0 % sinken. Vorauseilend unterstrich die Sachverständige Veronika Grimm die große momentane Unsicherheit, die zuverlässige Aussagen erschwere. Ganz allgemein hätten Handelskonflikte das Potenzial, Marktpreise und damit verbundene wirtschaftliche Risiken in Bewegung zu setzen. Das enorme Schuldenpaket der Regierung Merz biete hingegen offensichtliche Chancen.

Entscheidend sei, wie die Mittel letzten Endes verwendet würden. Ein Wachstumspfad sei erreichbar, um Deutschlands Volkswirtschaft „zukunftsfähig“ zu machen. Allerdings nur mit kla-

ren Haushaltsregeln. Zum Problem könnte ein Scheitern an den Schuldenvorgaben der EU werden.

KI könnte den Zollstreit verschlimmern

Global gesehen, könnte der Boom von KI-Technologie eine Eisnigung im Handelsstreit zwischen China und den USA zunichtemachen. Mit Warnungen vor Chips des chinesischen Unternehmens Huawei zog die US-Regierung den Zorn Pekings auf sich. China sieht den ohnehin fragilen Frieden im Konflikt gefährdet und warnte vor weiteren Gegenmaßnahmen wegen des fortschreitenden US-amerikanischen Protektionismus. Dieser Kurs könne die weltweite Halbleiterindustrie und die gesamten Lieferketten schwerwiegend beeinträchtigen. Einseitige ökonomische Hemmnisse bei der Entwicklung von Hochtechnologien wie eben Künstlicher Intelligenz seien schlichtweg Fehlentscheidungen und würden automatisch zu Reaktionen führen. Die USA müssten den geltenden internationalen Wirtschafts- und Handelsregeln den erforderlichen Respekt entgegenbringen. China lasse sich nicht ohne Widerstand durch den großen Widersacher ausbremsen.

Übrigens: Die USA legen in diesem Kontext auch eigenen Anbietern Steine in den Weg. Ginge es nach Donald Trump, wären Hightech-Chips des US-Herstellers Nvidia nicht mehr auf dem chinesischen Markt verfügbar. Huawei-Produkte sollten zudem selbst in Drittstaaten nicht mehr erhältlich sein.

Deutsche Wirtschaft sitzt zwischen den Stühlen

Das Beispiel KI zeigt sehr deutlich die festgefahrenen Positionen im Zollstreit. Deutschland trifft eine Verschlechterung der US-China-Beziehungen im Fall der Fälle besonders schwer, weil die deutsche Wirtschaft derzeit bereits mit größeren Problemen als andere Staaten der EU zu kämpfen hat. In Europa ist die deutsche Industrie inzwischen vom Vorreiter zum Sorgenkind geworden. Gelingt der neuen Bundesregierung wenigstens in einigen Punkten die schnelle Umsetzung ihrer Konzepte, könnten Unternehmen mit etwas mehr Gelassenheit auf eine Ausweitung des Handelsstreits und die steigenden Rohstoffpreise schauen.